2019/22

Die Linke und der Islam

Islamkritik oder Ressentiment?

Gastbeitrag Von **Lothar Galow-Bergemann**

Millionen Frauen leiden unter dem Kopftuchzwang. Doch die deutsche Linke redet das Problem klein – aus Angst, als rassistisch zu gelten.

Der Glaube, Antisemitismus sei im wesentlichen ein Phänomen der Vergangenheit, während »die Juden von heute« doch eigentlich die Muslime seien, ist weit verbreitet. Doch wer ihm anhängt, hat nicht die Bohne vom Antisemitismus verstanden. Niemand unterstellt den Muslimen, sie seien die Herrscher des Geldes und regierten die Finanzsphäre. Niemand unterstellt ihnen, dass sie mittels geheimer Netzwerke im Verborgenen das Schicksal der Menschen leiten. Aber wer Antisemitismus lediglich für so etwas wie ein Vorurteil oder eine Unterart von Rassismus hält, muss zwangsläufig zu völlig absurden Schlüssen kommen.

> Das antimuslimische Ressentiment hat eine deutsche Entlastungsfunktion. Man zeigt mit dem Finger auf Muslime: »Da schaut her, *das* sind die Antisemiten. *Wir* aber gehören zu den Guten.«

Die Rede von »den Muslimen als den Juden von heute« leistet obendrein auch keinen brauchbaren Beitrag zur Erklärung des weit verbreiteten Ressentiments gegen Muslime. Der Begriff des antimuslimischen *Ressentiments* ist treffender als der des antimuslimischen *Rassismus*. Denn in dieses Ressentiment gehen Phänomene ein, die mit Rassismus nicht oder nur sehr unzureichend beschreibbar sind, der Begriff »Rassismus« kann in diesem Zusammenhang sogar verharmlosen. Das wird an der gängigen » Argumentation« gegen eine befürchtete »Überfremdung« deutlich. Das Schlimme daran, dass »wir«, so diese Rede, in absehbarer Zeit zu »Fremden im eigenen Land« werden könnten, wird in aller Regel nicht als drohende Übernahme durch eine fremde »Rasse« imaginiert, sondern durch eine fremde »Kultur«. Diese passe nicht zu der »unseren«, denn »wir« seien schließlich für *Demokratie und Menschenrechte* – ganz im Gegensatz zu den Muslimen, die gar nicht aufgeklärt und säkular sein könnten. Während also den Menschenrechten ideologisch ein hoher Stellenwert eingeräumt wird, spielen sie keine Rolle, wenn es wirklich drauf ankommt. Dann erklärt nämlich der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland: »Die Menschen wollen … nicht gesagt bekommen: ‚Das können wir doch nicht machen. Das ist gegen die Menschenrechte.‘ Sondern sie wollen ganz deutlich

hörbar von den Politikern eine Aussage haben: wer passt zu uns und wer nicht?«

Mehr als »normale Fremdenfeindlichkeit«

Das antimuslimische Ressentiment ist mehr als nur »normale« Fremdenfeindlichkeit. Neben jenem verlogenen Menschenrechtsdiskurs beinhaltet es Elemente von Verschwörungstheorie, die in der Vorstellung von der »Gebärmutter als Geheimwaffe des Islam« gipfeln. Zudem hat es eine spezifisch deutsche Entlastungsfunktion: man zeigt mit dem Finger auf die Muslime: »Da schaut her, *das* sind die Antisemiten. *Wir* aber gehören zu den Guten.« Es handelt sich um ein außerordentlich gefährliches Ressentiment, das massenhaft verbreitet ist und auch viel Gewaltpotential besitzt.

> Die Aussage, Islamfeindlichkeit sei rassistisch, reduziert Menschen auf ihre wirkliche oder zugeschriebene Religion.

Allerdings ist gut zu überlegen, wie man diesem Ressentiment klug und wirksam entgegentritt. So ist zum Beispiel die unter nicht wenigen AntirassistInnen beliebte These »Islamfeindlichkeit« sei Rassismus unhaltbar. Nicht nur wegen des völlig unsinnigen Begriffs der »Islamophobie«, der die Kritik an einer Religion delegitimiert, weil er sie mit der Diskriminierung von Menschen verwechselt. Nach Angaben der Bundesregierung vom April 2007 lebten damals rund 3,4 Mio. Muslime in Deutschland. Als »Muslime« gelten dabei allerdings unterschiedslos sämtliche MigrantInnen, die aus einem »mehrheitlich muslimischen« Land kommen. Es wird also völlig ignoriert, dass nicht jede Iranerin eine Muslima und jeder Ägypter ein Muslim ist. Dass nicht wenige Menschen aus diesen Ländern anderen Religionen oder auch gar keiner angehören, fällt unter den Tisch. Befragt nach ihrem Verhältnis zur Religion bezeichneten sich 18 Prozent dieser 3,4 Millionen Menschen als religiös, 20 Prozent äußerten sich eher indifferent und 62 Prozent gaben an, keine religiöse Praxis zu leben. Im Licht dieser Zahlen wird deutlich, dass die Aussage, Islamfeindlichkeit sei rassistisch, die Menschen auf ihre wirkliche oder zugeschriebene Religion reduziert und ihnen abspricht, sich auch vom Islam abwenden können. Sie schreibt letztlich die Zugehörigkeit zum Islam als ethnisches Merkmal fest und offenbart sich damit als das, wogegen sie sich vermeintlich stellt: als rassistisch nämlich.

Die leidige Kopftuchdebatte

In der leidigen Debatte um das Kopftuch zeigen sich weitere jahrzehntelange Versäumnisse vieler Linker. Auf der Seite »My stealthy freedom« (Meine heimliche Freiheit) zeigen sich mutige Frauen im Iran ohne Kopftuch. Millionen Frauen im Gottesstaat leiden unter dem Kopftuchzwang. Das wären doch die Leute, mit denen Linke mit emanzipatorischem Anspruch solidarisch sein müssten. Leider spielt das unter den meisten Linken keine große Rolle. Stattdessen ist man der Meinung, das Kopftuch sei doch die »freie Entscheidung« der Frauen, die respektiert werden müsse. Selbst Feministinnen feiern das Kopftuch mitunter sogar als Symbol selbstbestimmter Freiwilligkeit. Aber das mit der Freiwilligkeit ist mitunter so eine Sache. Wenn Frauen auf dem so genannten „Marsch für das Leben“ gegen das Recht auf Abtreibung protestieren, also gegen das Recht, über sich selbst und ihren Körper zu bestimmen, so darf man vermuten, dass sie kaum dazu gezwungen wurden. Eva Herman schreibt: »Ist es das wert? Welchen Preis

zahlen wir eigentlich dafür, emanzipiert und selbstbewusst zu sein? Sind wir überhaupt noch Frauen? Oder haben wir unsere Weiblichkeit verloren?« Ein Haufen Frauen wählt Donald Trump. Zwänge können jedenfalls auch internalisiert sein und gar nicht mehr als solche wahrgenommen werden.

Urlinke Position

Vor einigen Jahren war mit Aygül Özkan (CDU) zum ersten mal eine Muslima in der niedersächsischen Landesregierung vertreten. Kurz vor ihrem Amtsantritt als Sozialministerin vertrat sie öffentlich eine sehr vernünftige Position. Sie sprach sich für ein Kruzifix-Verbot an staatlichen Schulen aus. Christliche Symbole gehörten nicht an staatliche Schulen, die Schule müsse ein neutraler Ort sein. Darum hätten auch Kopftücher »in Klassenzimmern nichts zu suchen.« Das provozierte einen Aufstand in ihrer eigenen Partei und wenn sie es nicht sofort wieder zurückgenommen hätte, hätte ihre Karriere geendet, noch bevor sie begann. Nun ist nicht allzu überraschend, dass es in der CDU rumort, wenn es jemand wagt, das Kruzifix zu thematisieren. Aber es gab damals auch keine nennenswerte linke Solidarität mit Aygül Özkan – nicht von der SPD, nicht von den Grünen, nicht von anderen. Obwohl sie doch eigentlich eine ur-linke, emanzipatorische Forderung vertreten hat, nämlich die Trennung von Staat und Religion.

Verharmlosung des Islamismus schadet MuslimInnen am meisten. Auch wenn sie in bester antirassistischer Absicht geschieht. Ein bezeichnendes Beispiel dafür findet sich in dem Buch »Feinbild Moslem« von Kay Sokolowski (in dem, das sei betont, auch viel Richtiges und Vernünftiges steht.) Dort lesen wir, aus der Erinnerung an den Holocaust resultiere » die moralische Verpflichtung, die andern zu akzeptieren wie sie sind«. Das stimmt, wenn daraus der Kampf gegen Menschenfeindlichkeit folgt.

> Eines der schwersten Versäumnisse der Linken war und ist es, aus Angst davor, rassistisch zu sein, keinen migrations*freundlichen* Diskurs gegen Antisemitismus, Homophobie und Frauenunterdrückung zu führen.

Das stimmt aber ganz und gar nicht, wenn daraus ein Kritikverbot an Menschenfeindlichkeit folgt, nur weil sie von »anderen« geteilt wird. Genau das aber ist das Problem vieler Linker. Die weitaus meisten Opfer des Islamismus sind Muslime und vor allem Musliminnen. Man denke nur an die von Terrorbanden wie Boko Haram oder Islamischer Staat massenweise furchtbar misshandelten Mädchen und Frauen. Warum wollen viele Linke deren Leid nicht so recht wahrnehmen und reden es mitunter sogar klein? Weil sie Angst haben, andernfalls »rassistisch« zu sein. Doch de facto verhalten sie sich gerade mit ihrer Geringschätzung des Leids der »anderen« – und entgegen ihrer Intention – selbst rassistisch und sexistisch. Eines der schwersten Versäumnisse der Linken war und ist es, aus Angst davor, rassistisch zu sein, keinen migrations*freundlichen* Diskurs gegen Antisemitismus, Homophobie und Frauenunterdrückung zu führen und so den »rechtspopulistischen« Hetzern die Lufthoheit in einem migrations*feindlichen* Diskurs über diese Themen zu ermöglichen. Insofern hat sie den Aufstieg der »Rechtspopulisten« mitverschuldet und dem Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einen

Bärendienst erwiesen.

Was zu tun wäre

Erstens. Kompromisslos gegen Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit, Homophobie und Faschismus eintreten – selbstverständlich auch bei MuslimInnen und MigrantInnen. Dass viele Linke ein Problem damit hatten und haben, über »Köln« zu reden, ist Folge des beschrieben Versäumnisses. Tatsachen abstreiten ist aber das Dümmste, was man tun kann. Da hilft auch kein gut gemeinter und sicher auch zutreffender Verweis auf die ekelhaften Vorkommnisse beim Oktoberfest. Unter der Überschrift »Wir sind nicht eure Kuscheltiere« wandte sich Ahmad Mansour speziell an Linke:

»Traditionelles Islamverständnis befördert sexuelle Tabus und sexuelle Gewalt. Es hat enormen Einfluss auf das Verhalten der Geschlechter zueinander. Was in der Kölner Silvesternacht passiert ist, hat sein Vorbild auf dem Kairoer Tahrirpatz und anderswo. Von der ‚religiösen Tradition' zur sexuellen Abstinenz gezwungene junge Männer greifen auf Frauen in der Öffentlichkeit zu. Das festzustellen ist nicht rassistisch, sondern ein Fakt. Wir, die Muslime, haben das Problem – die kritischen unter uns benennen es und brauchen die Solidarität der Demokraten im Land. Von der AfD, von Pegida wollen wir sie nicht, denn sie ist keine. Eine offene, tabufreie Debatte wird zu Lösungen führen, zum Nachdenken und zu besserer Prävention. Und sie wird die Rechtsradikalen und die Islamisten schwächen.«

Zweitens. Solidarität und Kooperation mit säkularen MuslimInnen und MigrantInnen. Immer mehr von ihnen melden sich zu Wort. Und es gibt nicht nur die Prominenten, die es ins Fernsehen schaffen, es gibt sie auch vor Ort. Viele von ihnen werden bedroht. Sie haben Solidarität verdient. Aber antifaschistische Intervention ist, von Ausnahmen abgesehen, bis heute eine ziemlich weiße, deutsche, männliche Mittelschichtsveranstaltung, die noch lange nicht der heutigen Zusammensetzung der Gesellschaft entspricht. Schon deswegen ist sie in ihrer Wirkungsmöglichkeit beschränkt. » No Jihad. Stop Boko Haram, Al-Quaida, Hamas, Isis. Keinen Kompromiss mit der Barbarei. Islamismus bekämpfen.« Solche Antifa-Transparente sieht man noch viel zu selten.

Drittens. Solidarität mit MuslimInnen und MigrantInnen gegen Diskriminierung und Angriffe. Das ist selbstverständlich und bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Viertens. Das Wichtigste: Das Gift der Kritik in den Köpfen verbreiten. Religionskritik. Ideologiekritik. Kritik der Politischen Ökonomie. Letztere ist allerdings nicht mit dem verbreiteten oberflächlichen Bauch-Antikapitalismus zu verwechseln, denn sie sollte wirklich etwas vom Kapital verstanden haben. Da bleibt noch viel zu tun.

© Jungle World Verlags GmbH